

# Wossische Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhof (A 7) 3600-3667, für den Fernverkehr Amt Dönhof 3686-3699. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 600. Wöchentlich 1 Mark. Monatlich 4,30 Mark, bei Bestellung durch die Post dazu 36 Pfennig Bestellschein

## Berlin

Verantwortlich für den Gesamthalt (außer dem Handelsteil) i. V.: K.-W. Philipp, Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zeile 35 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verantwortlichkeit für Aufnahmen in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 6, Kochstraße 22-26

10 Pf. Nr. 259 - B 127

DONNERSTAG, 4. JUNI 1931

ABEND-AUSGABE - V

## Der Weg zur Revision

Hoesch bei Briand

## Nom gegen Nom

Von MARIO PASSARGE.

Berichterstatler der Vossischen Zeitung

ROM, IM JUNI

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 4. JUNI

Der Besuch, den Votschaffer Dr. von Hoesch gegen Briand abgeleitet hat, wird heute in der Pariser Presse wie ausföhrlich behandelt. Nicht alles ist zutreffend, was über den Inhalt des Gespräches gesagt wird, aber es lohnt, einige charakteristische Bemerkungen wiederzugeben, weil man aus ihnen gewisse Wünsche der politischen Kreise in Frankreich zu erkennen vermag.

So behauptet der „Eclair“, der deutsche Votschaffer habe bei Briand das Thema von der Revision des Young-Plans angesprochen. Deutschland wolle, daß man ihm gestatte, am 1. Juli die Zahlungen einzustellen. Es sei aber dafür bereit, sich an einem Kollektivschritt der interessierten Staaten bei Amerika zu beteiligen, um einen Abschluß der internationalen Schuld zu erreichen.

Hoesch kann schon deshalb nicht gefagt haben, welchen Vorschlag die deutschen Staatsmänner in Chequers machen werden, weil Kautler und Außenminister selbst ihre Entscheidungen abhängig machen werden von dem Ergebnis der Aussprache mit MacDonald und Henderson.

Während die englische Regierung offenbar wünscht, daß Deutschland auf dem Wege über einen Transaktionsplan und den Sonderab-schluß der V. J. S. das Young-Thema aufnehme, wird von französischer Seite angesetzt, daß Deutschland sich gemeinsam mit seinen Gläubigern, die die Schuldner der Vereinigten Staaten sind, an Washington wende. Das „Sincim“ zwischen Schulden-

nodoll und Revision des Youngplans ist selbstverständlich. Eine andere Frage ist, ob es ratsam wäre, durch die von Frankreich vorgelegte Kollektivnote gemäßigteren an der Bildung einer europäischen Front gegenüber den Vereinigten Staaten mitzuwirken.

Briand soll dann noch den Berichtigen anderer Blätter dem deutschen Votschaffer gegenüber auf den schlüssigen Einbruch der Stabilisierungsabrede in Breslau hingewiesen haben. Derartige Rundgebungen müßten auf einer weiteren Erörterung der politischen Zusammenhänge zwischen Deutschland und Frankreich beruhen. Der Führer der französischen Sozialdemokraten, Leon Blum, nimmt die Unterbrechung zwischen Hoesch und Briand - der ersten nach längerer Zeit - zum Anlaß, um zu erklären, daß der Nationalismus in Deutschland zwar unaufrichtig fortgeschritten gemacht habe und eine immer größere Gefahr für Europa werde. Aber er gebe in Deutschland auch noch Republikaner und vor allem die Sozialdemokraten, die sich Briand gegenüber den Sozialisten einen genügend starken Damm darstelle.

Der frühere Ministerpräsident Herrriot, der dasselbe Thema erörtert, meint, man könne den republikanischen Elementen in Deutschland dadurch helfen, daß man immer wieder die allseitig-nationalistische Gefahr „anprangert“. Damit wäre sehr wenig erreicht. Die rechtsradikale Bewegung erhält ihren härtesten Wurzeln durch die Wirtschaftslage, der man nicht mit Schlagworten bekommen kann, sondern nur durch eine sehr reale materielle Unterstützung, durch weitgehende Entlastung und durch europäische Zusammenarbeit auf dem Boden der Gleichberechtigung.

Der Konflikt zwischen der katholischen Kirche und dem säkularisierten Staat ist augenblicklich in die Hände der Diplomatie gelegt. Nicht unrichtig, wenn auch unvollständig, daß finden die Diplomaten keinen Ausweg, ein regelrechtes Kulturkampf daraus werde; das hängt weniger vom Papst ab als von Mussolini. Doch wäre dies nur die interne Seite der Angelegenheit, die hauptsächlich das italienische Geschichtsabstimm interessiert würde. Von internationalen Interessen ist die Feststellung, daß nun auch in Italien die katholische Idee des Christentums auf die Dauer außer Kontrolle ist, aufzugeben, was die jenseitig in engster nationaler Verbundenheit sogar zu begreifen ist.

Schon nach der Veröffentlichung der Vatikanverträge konnte hier ohne besondere Geben der Weltöffentlichkeit darauf hingewiesen werden, daß die damals lediglich so glatte Bedingung an einer bestimmten Stelle ein Loch hat. Während der Faschismus im übrigen bereits veritas tabula rasa gemacht hatte mit jeder wie auch immer gearteten Organisation außerhalb der säkularisierten Justiz, ließ er als Ausnahme die „katholische Aktion“ bestehen, der in Artikel 43 des Kontrakts eine außerhalb jeder politischen Parteilichkeit wirksame Tätigkeit vorgezeichnet wurde. Dieser Artikel lautet:

„Der italienische Staat anerkennt die von der katholischen Aktion Italien abhängigen Organisationen, insofern diese, entsprechend den Verfügungen des Heiligen Stuhles, ihre Tätigkeit außerhalb einer jeden politischen Partei ausüben und in unmittelbarer Abhängigkeit von den kirchlichen Behörden, für die Verbreitung und die Verwirklichung der katholischen Grundlehre.“

Diese reichlich elastische Formulierung war, wie man weißte, das Ergebnis eines in langwieriger diplomatischer Kleinarbeit herbeigeführten Kompromisses. Beide Teile haben dabei wahrscheinlich mit der Zeit gerechnet, auf die Zeit gewartet, freilich in verschiedener Weise. Dem Faschismus mußte damit der Absicht der Vatikanverträge und des Kontrakts, nachdem die Verhandlungen überaus erst einmal eingeleitet worden waren, so sehr am Herzen liegen, daß er glaubte, die Schönheitsfehler der katholischen Aktion zu korrigieren und in Kauf nehmen zu müssen. Für den Vatikan war die Erhaltung der katholischen Aktion bis zu einem gewissen Grade die Hauptfrage. Damit war die Kirche aber auch von Anfang an in die Defensive, das heißt in die schwächere Position gedrängt. Dafür tunkte sie der Begriff „katholische Aktion“ ganz anders denken und auslegen, als der Faschismus, der in der Gegenwart lebend den Gegenwärtigen braudt.

In der Tat begann, wie man heute rückblickend sagen kann, der Schöpfungsbetrieb zwischen den beiden entgegengesetzten Auffassungen fast unmittelbar nach der Unterzeichnung der Friedensverträge. Der Konflikt kam offen zum Ausdruck, als der Papst gelegentlich der Bierjahresfeier der sozialen Encyclica „Rerum Novarum“ mit der Encyclica „Quadragesimo Anno“ unabweislich die Aufgaben der Kirche auf „soziale Arbeit“ zu verlegen ließ, aufzuweisen für notwendig hielt. Der Papst mußte sich dabei wohl sehr über die unvollständige Ordnung des säkularisierten Italiens empören, wenn das war nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Die spanische Revolution und deren Auswirkungen auf die Kirche in Spanien traten ebenfalls verwirrend hinzu. Der heilige Stuhl faschismus fühlt sich im neunten Jahre seines Bestehens nicht mehr genötigt, die Politik des Überlebens zu treiben. Inwiefern hat er auch nur auf diese Augenblicke gewartet. Inwiefern hat er auch nur den betenden Revolutionsbewegungen der katholischen Aktion Notizen ohne ausgedehnten Vorwand, mit dem „Doppeldeutigen“ Schluß zu machen. In nicht ganz originaler Weise ließ sich der säkularisierte Staat durch Entgegenkommensnotizen zu der Maßnahme zwingen, die gewiß schon längst bereitlag. Durch Verfügung der Päpsten wurden sämtliche katholischen Organisationen in Italien in die gleiche Linie gebracht und aufgeführt. Aber es gab an solchen Organisationen nur mehr die katholische Aktion. Wie die Dinge augenblicklich stehen, wäre es für sich, tragend-weise Voraussetzungen über die weitere Entwicklung machen zu wollen. Man muß sich vor Augen halten, daß auf diesem Gebiet ein „Erfolg“ innerhalb der Zeit noch lange Zeit „Nicht-erfolg“ für die andere Seite ist, die außerhalb der Zeit steht. Darum ist es wohl auch nicht ganz richtig, von einer „Marktprobe“ zu sprechen. Die Markt liegt schon seit dem Kontrakt-

## Was bringt die Notverordnung?

1800 Millionen Mehreinnahmen und Minderausgaben

Die Kabinettsberatung über die neue Notverordnung ist abgeschlossen. Die Einnahmeverrechnungen hatten folgende Ergebnisse:

### 1. Für das Reich

Stärkung der Beamtengehälter . . . . .	160 Millionen
Arbeitssteuer . . . . .	440 „
Umsatzsteuer bei monatlicher statt vierteljährlicher Erhebung . . . . .	80 „
Erhöhung der Zuckerversteuer . . . . .	110 „
Erhöhung der Mineralsteuern . . . . .	75 „
Steuern der Zuckerversteuer . . . . .	12 „
Stärkung der Kriegserbschaftsteuern . . . . .	90 „
Abschreibe an den Sachausgaben der Reichsverwaltungen . . . . .	110 „
	1078 Millionen

### 2. Für Länder und Gemeinden

Stärkung der Beamtengehälter und der Kinderzulagen . . . . .	206 Millionen
Umsatzsteuer . . . . .	35 „
Einstellung der Sozialversicherungszulagen . . . . .	60 „
Sonstige Steuererhöhungen . . . . .	110 „
	411 Millionen

### 3. Für die Arbeitslosenversicherung

Erparnisse (Auszahlung der Sonderbezüge und der Jugendbeihilfen unter 21 Jahren, Verabreichung der Saisonarbeiterunterstützungen auf die Höhe der Kreisbeiträge und Senkung der Kreisunterstützungen um 5 Prozent) etwas über . . . . . 300 Millionen

Ansgemeint sollen die neuen Maßnahmen auf finanziellen Gebiet etwas mehr als 1800 Millionen bringen. Dieser Betrag übersteigt wesentlich das gewöhnliche Defizit. Aus dem Ueberschuß sollen 100 Millionen der Reichsbahn für ein umfangreiches Wehrleistungsprogramm zuführen. Von dem Rest des Ueberschusses soll ein Reservefonds gebildet werden.

Die neue Stärkung der Beamtengehälter untersteht sich in vieler Hinsicht von den früheren Stärkungen. Einmal wird nicht nur eine Staffellung, sondern auch eine variable Erhaltung in der Art vorgenommen, daß den Beamten in mittleren und kleineren Städten größere Abzüge (5 bis 8 Prozent) gemacht werden als den Beamten in den Großstädten (4 bis 7 Prozent). Außerdem soll diesmal das finanzielle Ergebnis der Gehaltssteigerung bei der Reichsbahn nicht der Reichsbahn selbst zugute kommen. Durch eine besondere Bestimmung wird angeordnet, daß die Reichsbahn eine Abgabe an das Reich in Höhe der erzielten Erparnisse zu leisten hat.

## Geschleirte Silberkonferenz

NEW YORK, 4. JUNI

Die Verträge der amerikanischen Regierung, eine internationale Silberkonferenz anzusetzen, sind endlich gestiftet. Wie bereits von Vorständen des Finanzministeriums, Senator Smoot, mitteilt, hat die Zustimmung bei den amerikanischen Regierungen keine Einmütigkeit über die Zweckmäßigkeit einer solchen Konferenz gegeben. Wie inoffiziell bekannt wird, soll Englands Regierung, falls an einer solchen Konferenz zu beteiligen, den Ausschuß abgeben haben.

## Kräftige Erholung der Börse

Die bessere internationale Börsenlage im Zusammenhang mit optimistischer Einschätzung der Aussichten auf eine baldige Lösung der innen- und außenpolitischen Probleme liegen heute in der Handlung eine entschieden freundlichere Stimmung aufkommen. Während weiterhin nur schwache Stimmen zu hören waren, wurde heute erstmalig wieder die Möglichkeit einer allmählichen Überwindung der Wirtschaftskrise erörtert. Infolge dessen war die Tendenz auf allen Effektenmärkten ausgesprochen fest. Kurssteigerungen bis zu 7 S. waren die Folge. Einzelne Schluß traten allerdings auf Erhöhung des Privatobligationsleiste Abkühlungen ein.

# Der Riß im Schacht

Eindrücke auf der Dresdner Tagung

würden, handelspolitisch genommen, ausschließlich in den Händen des Faschismus, der, wenn er will, nicht bei der Auflösung der Reichsfinanzen allein haushaltend braucht. Wichtig ist, zu erkennen, daß es sich um einen Konflikt handelt, der zwischen diesen beiden Gegnern in die Zukunft hinein zu bestehen muß, als es einst die Römische Frage.

Was aber heißt natürlich in internationalen Sinne wiederum das unbedingte Plus auf dem Rechnungsbuche der Stärke? Die durch den gemeintesten Autoritätsglauben der Rache und des Faschismus in die allgemeine Öffentlichkeit projizierte Vorstellung von einer reifen Lebensformierung der beiden Systeme ist nichts weiter als ein Scheitern bei der ersten, endgültig verfehlten Probe. Es kann dem Faschismus nicht gleichgültig sein, wenn eine über den Tagesverlauf hinausgehende Autorität wie der Papst die Kampfmittel nicht nur des Faschismus zu brandmarken, wie er es getan hat, sondern auch offen und unumwunden anzugeben muß, daß seine Feinde mehr von einem Logos als irgend etwas führen. Wenn Ausdrücke wie „Verführung der Jugend“ gefallen sind, gibt es wohl kaum ein Gerücht.

Die Diplomaten werden, wenn sie ihren Beruf verstehen, den Riß nicht leicht irgendeine weitere Lösung. Nichts wird die Reichsfinanzen, direkt in die Hände der Rache, die zur Treue gegenüber dem italienischen Staat verurteilt wurden, gelegt, formell wieder auflösen. Aber der aus dem Geisigen befreite Papst steht sich deshalb doch von neuen, gefährlicheren Mauern umgeben.

Serius aus der Unklarheit fordert die schließliche Freie. Die Unklarheit ist bereits beseitigt. Aber — und darauf kommt es an — nicht für Italien allein.

## Brüning und Curtius unterwegs

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

HAMBURG, 4. JUNI

Der Reichskanzler und der Reichsfinanzminister sind heute morgen um 11 Uhr in Hamburg angekommen und wurden im Hamburger-Amerika-Haus von Direktor Riep auf dem Hauptbahnhof begrüßt. Der Sonderzug verließ auf dem Hauptbahnhof und wurde dann am Ortsgang nach Cuxhaven angehängt.

Der Sonderzug um 11 1/2 Uhr in Cuxhaven eingetroffen, und eine Stunde darauf hat der Sonder-Dampfer „Hamburg“, auf dem sich die Minister einschiffen, die Reise von Cuxhaven fortwärts verlassen.

Der Sonder-Dampfer, der mit neunzehn Autos Besatzungsbillette führt, dürfte bei dem ziemlich ruhigen Wetter, das auf der Nordsee herrscht, morgen Mittag in Southampton einsteigen, von wo die Weiterreise nach London stattfindet.

## Universität Jena

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

WEIMAR, 4. JUNI

Im Thüringer Landtag ist ein Antrag eingebracht worden, der Rektor und Senat der Universität Jena weitgehende Befugnisse gewährt, um im Falle großer Missbilligungen der Studierenden scharfer als bisher einschreiten zu können.

Zur Begründung wird auf das Auftreten des derzeitigen nationalsozialistischen Vorkommens gegenüber dem Ausschuss des Ministers zurück auf seine Arbeit und auf das Verhalten nationalsozialistischer Studenten eingeworfen und außerdem die nationalsozialistische Schenkung gegenüber dem Ausschuss der Professoren, der Rache und Religion in billiger Bekundung zu einigen Sägen Stellung genommen, die der nationalsozialistische Reichshofener in seinem Buche „Der Mythos des 20. Jahrhunderts“ geschrieben hat. Es wird dort Jesus „ein Vorkorb“, ein „Gemisch von Blut und Angst“ genannt und die Erklärung als „Ausdruck physischer Bakterien“ bezeichnet. Als Professor Fäulter diese Ausdrücke kritisiert, erhält ihm im Falle ein nationalsozialistischer Student und verurteilt, gegen den Hochschulrat eine Protestrede zu halten. Er mußte schließlich aus dem Saale gewiesen werden. Der Student hatte die Eltern, sich an den Rektor der Universität zu wenden mit dem Ersuchen, Professor Fäulter wegen Antisemitismus mit einem Bannstrich zu bestrafen. Der nationalsozialistische Studentenbund berief eine Protestkundgebung ein. Der Reichshofener, ebenfalls ein Student, namens der Professor Fäulter einen „Blöden“, „unfaulen“, einen „tollsten Ungeheuer“. Nach in dem Flugblatt, das zu dieser Studentenversammlung einlud, waren Beschimpfungen und unwürdige Behauptungen enthalten.

Die gegenwärtigen Unruhestillbestimmungen reichen offenbar nicht aus, beratende Auswärtigen des Reichs-Obersten gehend zu ahnden.

## Teurer als Caruso

BRUNNSCHWEIG, 4. JUNI

Der „Volksfreund“ ist in der Lage, eine Originalaufnahme des nationalsozialistischen „Reichsorchesters“ in München an die hiesige Orchestergemeinschaft des R. O. D. P. zu verschicken. Daraus geht hervor, daß dieser als vornehmliche Pianistin für eine einwöchige Versammlung in Braunschweig 2000 Mark erbittet.

## Die Witwe Eisners klagt

Ein Münchener Reichsamt hat bei einem Staatsanwalt in Immenhofen (Alb) den ermordeten bayerischen Reichsamtminister Kurt Eisner beklagt, er sei durch ausländische Gelder betrogen worden. Die Witwe Eisners hat Staatsanwalter wegen Verleumdung gestellt.

Wenn man Schacht hört, hat niemand recht. Dieser Mann mit dem unheimlich vorlauten Stagen und dem melancholisch hängenden Gürtel hat eine unheimliche Gabe, es mit allen zu verstehen. Einer der fähigsten Redner, ohne Zweifel. Die Stabilisierung der Welt, in der Haupt- sache sein Wert, ist eine Leistung, von der nichts abgezogen werden kann. Aber der Fiskusman steht sich selbst im Weg, denn er will mehr, als er kann. Und zugleich führt er, daß er sich wohl amüßet, und lehnt es ab, über sein Fach hinauszuweisen. Seine Rede vor dem Reichsausschuß ist ein Beispiel für die Art, die er geübt hat, wie wieder in München. Er gibt eine politische Rede, die demselben Inhaltliche Inhalt der Redungen, und beteuert dabei, er spreche als Nicht-Politiker, rein wirtschaftlich; das „andere“ sei „anderer Leute“ Sache. Das bedeutet, daß er Vorgesellen zerrückt, denn das Richten geht ihm nichts an. Schacht, der schließlich nicht umsonst einige Jahre lang sich zu den Demokraten hielt, kann bei der Reden sich nicht wohl fühlen, denn die Verfechtung ihrer Augen vor der Reichsfinanzen der Dinge. Schacht hat das hier fast treffend ausgedrückt, und sein Satz: „Weshalb ist der Young-Plan unterzeichnet habe? Nun, weil der Krieg verloren haben“, ist für diejenigen, die mit dem Hauptband „Im Freie unbedeutend“ sich in Verfallungen setzen und brüllen, ein later Wasserstrahl. Schacht ist zu Flug, um bei der Reden sich wohl zu fühlen. Aber es stellt ihm der Welt zu der notwendig unpopulären Verfechtungspolitik der Weltmann und Weltmann. Deshalb liegt er allemal kurz vor dem entscheidenden Punkt ab. In seinen Schwärmen hat er emphatisch betont, daß er ehrliche Erfüllung des Young-Planes durch Deutschland wolle. Aber im gleichen Atemzug verlangt er „schleunigste Einstellung der Tributzahlungen“. Ein vollkommenes Widerspruch, der Welt ein Joren gleich gleichgültig blieb. Der sog. „nationalistische“ Reichshofener hat die Rede nicht etwas ganz anders, sie lieh für den Fall einer „Zerlegung“ des Vertrages die Zuständigkeit des Hoher Gerichtshofes vor, und eben falls eine „Zerlegung“ lehnt bei Dr. Schacht, denn seine Worte einen Sinn haben, ab. Um dieser Aufgabe willen aber, ist, so behauptet Schacht, der Young-Plan, den er selbst mit entworfen und unterzeichnet hat, nicht mehr tragbar gewesen. \*

Es war fesseln, zu beobachten, wie der eigenwillige Dankhof Schacht sich eine Überzeugung rechtis herbeibringen über den Arbeitsausbau Deutscher Verbände aufreichte. Eben noch hatte der aus den Kampfbünde bekannte Raumburger Schlichte ihm den Dank der deutschen Nation für einen kommenden Tag — offenbar doch wohl den der Präsenzentscheid? — in Aussicht gestellt; eben noch hatte das \*

## Chrenmal...

Bei der Einweihung des Chrenmals unter den Linden haben die rechtsradikalen Verbände nicht teilgenommen. Die Einweihung an die 11. Kriegsjahre ereignen ohne Unterbrechung der Partei und der Reichsfinanzen ergehen werden. Der Stahlhelm und seine Anhänger wollen nur die Toten ehren, von denen sie annehmen, daß sie ihre Bekämpfung teilen. \* Die sehr der Parteiführer das natürliche Anstandsgefühl überwand, zeigte auch die Berücksichtigung der nationalsozialistischen Presse über die Feier. Will Recht trägt die „Germania“ daß die Anträge des preußischen Ministerpräsidenten Braun, der anerkennend von der preußischen Tradition sprach, von einzelnen Reichstagsmitgliedern überhaupt unterlassen werden. „Ist das“, so fragt das Zentrumblatt, politische Falschheit? Oder ist das nicht ein trauriges Zeugnis für das Feindschaft und engbrüstige politische Empfinden, das sich denen läßt? \*

Die Gleichgültigkeit, mit der diese Kreise eine wirtschaftlich nationale Feier behandeln, ist ein neuer Beweis dafür, daß nationale Angelegenheiten, die sich nicht für parteipolitische Zwecke mißbrauchen lassen, unseren Reichsradikalen gleichgültig, ja peinlich sind. Wenn man nicht gegen Andersgefinnte hegen und die Republik verächtlich machen kann, bleibt der Stahlhelm zu Hause, und der nationalsozialistische Presse ist der ganze Spatz verworden. \*

## Es waren Kampfflugzeuge

Ueber den Nordseeinseln

Die Meldung vom Erschwinden einer französischen Flugzeugstaffel über mehrere Nordseeinseln hat sich bestätigt. Es handelte sich über alle Beobachtungen übereinstimmend, es seien dem unteren Teilgebiet die blau-weißen Farben trugen, im Unterföhr zu Verbrechen oder Sperrfluggängen. \* Nach dem Bericht des Riesenflieger „Frauenlob“ waren die Wäldchen über dem Bortrupp-See, der Gahrinne zwischen Spill und Rührort, die 10. März 1934, ein Flugzeug verlor. Es fuhr fast sofort der Kapitän Emmert, 50 Seiten von Bortrupp, fuhr und Bortrupp in nur 50 Meter Höhe. \* Wenn sich die bisherigen Feststellungen bestätigen, wird die kaiserliche Polizei in Paris erheben werden, zumal es sich um ein Verbrechen handelt, die den vertraglichen Bestimmungen entsprechen. \*

triale und doch so gefährliche Schlagwort vom Arbeitsausbau „sonne zum Lommen“ geäußert, und nun der falsche, aber nicht weniger Verwirrung erweckend und ethisch erschütternd, der alle Befreiungslustigen löst. \*

Eine merkwürdige Härtehaftigkeit war bei dem Weissen Riß vorangetrieben. Lemmer machte wohl den linken, der Bortrupp-Porteur Mühlmeier den rechten Begrenzungs-Pfosten. Aber der Männer (und Frauen) um Mühlmeier waren weit mehr als um Lemmer. Das ist nun bei dem Arbeitsausbau der 1700 Vereine und Verbände überdurchschnittlich, nichts Neues. Aber nur war der Geist unzufrieden. Arbeitsausbau, der noch nur im großen ganzen ausdrucksvoll und bereit, eine andere Meinung zu hören und zu ehren. Jetzt spricht man auch hier das Wehen des Windes vom 14. September. Eine Mühlmeier des Parteilers und Parteilers ist fürbar, man weiß nicht weiter, will doch weiter und wartet auf Reich, auf Explosion. Immer. Gegen die Verträge, die man bei einmal aus Ruder kommt, wie Mühlmeier mit dieser unzulässigen Inhaberschaft im Willkür. Das es auf dem Weissen Riß ohne Kraft, ohne Explosion herauf, ist nur der Kunst der Verhandlungsleitung Schöne-Draeger zu danken, die regeln, schlichtend, fünfzig im Stillen eintritt. \*

In der Tat ist dem Arbeitsausbau Deutscher Verbände damit die Schicksalsfrage gestellt, wird er zum Fimmelplatz rechtsradikaler Demagogie, zur Plattform möglicherer Verhaftungen, so verliert er seinen guten Namen, seinen berechtigten Kredit. Will er überparteilich bleiben, so muß er die „Korrekturen“ machen, die ihm die Rechte hier einseitig, so liegen, daß sie ihn nicht pfeifen. \*

Juchend hat sich Schacht hier geäußert. Sein Geist ist zweier Welten Schicksalsgebiet, sein Wunder, daß der Zweite, den der 14. September deutlich machte, mitten durch ihn hindurchgeht. Die Rechte zieht ihn an und befruchtet ihn nicht, die Linke hat er verlassen, weil ihn die Rechte trügerlich anlockt. „Sich er damit nicht in der Tat ein lebendes Glied des deutschen Volkes nach dem 14. September? Dr. Carl Misch. \*

Die von der Reichsregierung des Arbeitsausbaus Deutscher Verbände angenommene Entscheidung über die über alle politischen und weltanschaulichen Angelegenheiten hinweg sich in der Behandlung der Probleme ohne Einmütigkeit für die Notwendigkeit der Revision ergeben habe, daß die Revision unzulässig berechtigung Deutschlands und die Einmütigkeit des deutschen Volkes zum Ziele haben müsse. \*

## Los von der Zollpolitik!

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

HAMBURG, 4. JUNI

Im schließlichen Verlaufe der Staatsparlament wurde über einmütig eine Resolution folgenden Inhalts angenommen: „Die letzten Erhebungen der Agrarpreise haben die Einfuhr bedeutsam ganz getroffen und damit eine Einnahmequelle der Reichs- fass zu Erhöhung der Brotpreise, die Bekämpfung der Massen weiten eingeleitet. Jetzt sollen Steuererhebungen und weitere Abgaben der Steuerzahler folgen. Alle diese Maßnahmen können Produktion und Konsum und verhindern so eine Gewandigung unter Volkswirtschaft. \* Es wird deshalb gefordert eine Zollpolitik, die sich von dem zinseligen großagrarischem Interessen-Standpunkt des Ministers Gieseler löst, ferner eine Finanzpolitik, die zur Verhebung der finanziellen Lasten alle Volkswirtschaft nach ihrer Leistungsfähigkeit heranzieht, und die Zinsen so verteilt, daß unsere Wirtschaft nicht ganz erstickt, sondern nur angetastet wird. \*

Schließlich muß verlangt werden eine Reorganisation unserer Reparationsverpflichtungen, welche die ungenutzte Erhöhung der Young-Gehälter durch den Einzug der Weltwirtschaft befreit, die darüber hinaus Sicherungen schafft, die die Reparationsverpflichtungen nicht der wirtschaftlichen Einflußfaktor in der Weltwirtschaft bleibt, und die schließlich ausgereicht von internationaler Anerkennung des Grundgesetzes, daß Beteiligung von Völkern vor politischen Zahlungsverpflichtungen geht. \*

## Kontrolle ausländischer Arbeitskräfte

Runderlaß des Landesarbeitsamtes

Bei der letzten Tagung der Arbeitsämter im Bereiche des Landesarbeitsamtes Brandenburg wurde durch einen Runderlaß darauf hingewiesen, daß die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte, die zur Befriedigung ausländischer Arbeitskräfte immer nur für eine Arbeitsstelle erteilen und Arbeitgeber, die unerlaubt ausländische Arbeitskräfte beschäftigen, zur gerichtlichen Verantwortung ziehen wird. Es wird ferner darauf aufmerksam gemacht, daß die Behörden der Bundesländer, die die Befriedigung von Arbeitsstellen durch die Einstellung und von Arbeitsstellen eines Dienstvertrages die Genehmigung des Landesarbeitsamtes einholen hat. \*

## Lohnverhandlungen im Ruhrbezirk am 15. Juni

Der Reichsarbeitsrat hat die Vertreter der Bergbau- und Hüttenindustrie in Essen am 15. Juni nach Essen eingeladen. \*











